

ROSTOCK

# Jugendliche fordern Mitsprache

Senatoren stehen bei Aktionstag auf der Haedgehalbinsel Rede und Antwort. Digitale Beteiligung soll besser werden

Den Hotspot Stadthafen kennt und schätzt Jakob Stempel. „Wir haben viel an der Haedge gegrillt, das war immer cool“, sagt der 20-Jährige, der seit Kurzem in Jena studiert. Viel mehr Aufenthaltsorte für Jugendliche in der Innenstadt kann er allerdings nicht benennen. „Es ist schwierig, man kann zum Beispiel in die Parks“, sagt er.

Um die Situation zu verbessern, baten Rostocks Jugendliche gestern die Senatoren Chris Müller (SPD) und Steffen Bockhahn (Linke) sowie Vertreter von Ämtern, Institutionen und Ortsbeirat Stadtmitte auf das rote Sofa im Stadthafen. Sie fordern mehr Einsatz von der Verwaltung, wollen in die Stadtplanung einbezogen werden und mehr Beschäftigungsangebote wie Graffiti-Workshops, Trimm-Dich-Pfad oder einen festen Grillplatz an der Warnow. „Diese Jugendlichen haben ein extremes Problem: Sie wissen nicht, wo sie hin sollen“, kritisiert einer von ihnen, der sich neben Senator Müller aufs Sofa traute.

Der sichert zu: Der Stadthafen bleibt öffentlich. „Wir werden hier keine Blöcke hochziehen, wir wollen keinen vertreiben.“ Zugleich räumt der Ordnungssenator allerdings ein Kommunikationsdefizit ein. „Unsere klassischen Informationsmedien taugen für Jugendliche und auch für die meisten anderen nichts“, sagt Müller. „Wir werden uns als Verwaltung für die sozialen Medien öffnen müssen.“ Das unterstützt auch Monique Bech vom Amt für Jugend und Soziales. Sie war gerade erst zu Besuch in einer Klasse und sagt: „Es sind Youtube-Channel und Whatsapp, wo man die Jugendlichen direkt befragen muss.“ Digitale Beteiligung sei ein großes Thema.

Sozialsenator Bockhahn verweist aber auch auf analoge Gremien wie das Jugendforum oder die Schülervertretung. Nur die Verwaltung zu kritisieren, das ist ihm zu einfach. „Es ist eine Pflicht in der Demokratie, seinen Mund aufzumachen, wenn man etwas sagen möchte“, fordert er auch mehr Einsatz von den Jugendlichen. Das gelte unter anderem bei der Entwicklung des Stadthafens, bei der viele verschiedene Interessen miteinander vereinbart werden müssten.

*Autor: Torben Hinz*